

Die kleinste Energiestadt gelabelt

TRUTTIKON Nur 473 Einwohner und trotzdem eine Stadt: Truttikon hat das Energiestadt-Label erhalten.

EVA WANNER

«Klein und effizient» lautet der Slogan der jüngst gekürten Energiestadt Truttikon. Der Vorschlag wurde aus vielen anderen, die die Bevölkerung gemacht hatte, als der passendste ausgewählt. Und wie das passt: «Wir sind die kleinste Energiestadt im Kanton Zürich», sagte Gemeindepräsident Sergio Rämi am Donnerstagabend, als im Rahmen einer Infoveranstaltung rund um energetische Sanierungen die Labelübergabe stattfand. Mit 473 Einwohnern vielleicht sogar die kleinste der 418 Energiestädte in der Schweiz.

«Keiner zu klein, ein Meister zu sein», lobte denn auch Heinz Villa von der kantonalen Baudirektion. Und freute sich weiter darüber, dass Truttikon nicht alleine, sondern als Teil der Energieregion Weinland ausgezeichnet werden darf.

Zwei grosse Reaktoren

Walter Kubik, der Botschafter des Programms Energiestadt, ging in seiner Ansprache weit über Truttikon – und das Weinland – hinaus. Die Menschheit habe, so sagte er, zwei grosse Reaktoren: die Sonne und die Erde. Diese beiden «bereiten wenig Sicherheitsprobleme und keine Sorgen um die Entsorgung», sprach er auf ein Thema an, das auch die Weinländer bewegt. Sie bieten Licht, den Wasserkreislauf, Wind – und alle Formen von Leben, philosophierte Walter Kubik.

Aus diesen beiden Reaktoren kämen auch die fossilen Energieformen, sie seien aber das «Eingemachte» – und das soll man bekanntlich nur in der Not brauchen.



Freuen sich über das Label und den Slogan «klein und effizient»: Heinz Villa von der kantonalen Baudirektion, Walter Kubik als Botschafter Energiestadt, Gemeindepräsident Sergio Rämi und Richard Vlieg, der den Slogan lieferte. Bild: ewa

Ausserdem sei die Schweiz, weil sie eben das «Eingemachte» braucht, abhängig von anderen und «Abhängigkeit macht erpressbar», sagte Walter Kubik. Eine Gemeinde wie Truttikon habe aber viele Möglichkeiten, sich aus dieser Abhängigkeit zu lösen. Durch energetische Sanierungen kommunaler Gebäude, wofür eine Energiebuchhaltung (siehe Kasten) eine gute Grundlage bilde. Durch kurze Wege beispielsweise zur nächsten Einkaufsmöglichkeit, was in Truttikon gegeben sei. Und wichtig seien Motivation und Kommunikation – damit sich nicht nur die Gemeinde, sondern auch die Einwohner aus der Abhängigkeit lösen könnten. Zum Schluss riet er den An-

wesenden: «Macht euch fit für die Zeit nach der Verschwendung!»

80 Prozent Energie verpufft

Wie Eigenheimbesitzer gegen die Abhängigkeit beziehungsweise für erneuerbare Energien vorgehen können, zeigten Vertreter der Baudirektion, der ZKB und der EKZ auf. Die drei gehen gemeinsam mit «Starte», einem Förderprogramm für Hauseigentümer, auf Tour – in Truttikon fand die letzte Veranstaltung dieser Art statt. Die Organisatoren gehen über die Bücher und starten «Starte» im Spätsommer mit einem revidierten Programm neu.

Zu erfahren war in Kurzreferaten, dass 50 Prozent des Energieverbrauchs

eines Hauses über Dach und Wände verloren gehen, 20 Prozent über die Fenster und 10 über den Boden. Man soll also an der Hülle anpacken. Eine Aussenwand zu sanieren koste zwischen 270 und 440 Franken pro m²; ein Steildach zwischen 160 und 700 Franken pro m². Nicht gespart werden soll beim Ersatz der Fenster.

Und stimmt die Hülle, soll innen angepasst werden: die Heizung modernisieren. Konventionelle Heizungen wie Öl oder Gas seien zwar günstiger in der Anschaffung, aber teurer im Unterhalt als klimafreundliche Systeme.

Bei alledem kann, wer ein Haus mit Baujahr 2000 oder älter saniert, von verschiedenen Förderprogrammen

50 Prozent Wärme aus erneuerbaren Quellen

Um das Energiestadt-Label zu erhalten, musste Truttikon einige Erwartungen erfüllen. Was die Gemeinde zur Energiestadt werden liess, sind verschiedene «energiepolitische Vorzeigeprojekte», wie auf einem Flyer zu lesen ist. Da wäre einmal die Buchhaltung, die die Gemeinde über den Wasser- und Energieverbrauch der kommunalen Gebäude führt. Ausserdem bezieht Truttikon rund 50 Prozent der Wärmeenergie aus erneuerbaren Quellen. Das Grünut, das in der Gemeinde gesammelt wird, wird in einer Vergärungsanlage zu Biogas verwertet – und Truttikon unterstützt die Produktion erneuerbarer Energien. Auf dem Schulhausdach sei eine grosse Photovoltaikanlage montiert, heisst es auf dem Flyer. (ewa)

(Bund, Kanton und teilweise Gemeinden) profitieren. Tobias Eggli von der ZKB Andelfingen zeigte auf, wie das am Beispiel von «Familie Zürcher» aussehen kann: Sie investiert 60 000 Franken in Dämmung und Fassade, 25 000 Franken in die Fenster und 15 000 Franken in Sonnenkollektoren. Nach Abzügen und Beiträgen kann die Familie über 39 000 Franken, also knapp 40 Prozent, sparen. Wer sein Haus energetisch saniert und auch eine «Familie Zürcher» sein möchte, kann eine Energieberatung in Anspruch nehmen; die erste Stunde wird in Truttikon von der Gemeinde bezahlt.

Mehr Infos: www.starte-zh.ch

Allseitiges Unbehagen der Regionalkonferenz wächst

ANDELFINGEN Die Diskussionen an der 21. Vollversammlung der Regionalkonferenz Zürich Nordost (ZNO) zeigten: Die Planung der regionalen Mitsprache in Etappe 3 der Tiefenlagersuche birgt einigen politischen Zündstoff.

SILVIA MÜLLER

Die Traktandenliste liess keine welterschütternden Neuigkeiten erwarten – vielleicht deswegen schienen am Samstag die Reihen der ansonsten 112-köpfigen Regionalkonferenz zur Tiefenlagersuche ungewöhnlich schwach besetzt. Die Teilnahme sollte sich trotzdem lohnen.

Der Nagra-Projektleiter Tobias Vogt trug einen auch für Laien verständlichen und relevanten Zwischenbericht über die Grundwasseruntersuchungen rund um den Marthaler Isenbuck vor – diese Zusatzuntersuchungen hatten die Regionalkonferenz Zürich Nordost und der Kanton Zürich gefordert.

Im Rheineraufeld fand die Nagra laut Vogt weitgehend den vermuteten, einfachen Aufbau der Rheinschotter-schichten vor. Vor allem unter den bewaldeten Zonen rund um den Isenbuck und rechts der Kantonsstrasse variieren die wasserführenden und die abdichtenden geologischen Schichten aber auf kleinem Raum; hier seien weitere Abklärungen nötig.

Einmal mehr beunruhigten folglich nicht erdwissenschaftliche oder technische Fragen am meisten, sondern wie die regionale Mitsprache in der rund 11-jährigen Etappe 3 ab voraussichtlich 2020 aussehen soll – und wer dies bestimmt. Stefan Jordi vom Bundesamt für Energie (BFE) berichtete von den mittlerweile 20 Sitzungen der «Untergruppe Zusammenarbeit», in der auch die Leitungsgruppen der Regionalkonferenzen vertreten sind.

«So wenig ändern wie nötig»

Die Absicht sei, so wenig wie nötig zu ändern und das bewahren, was sich bewährt habe, sagte Stefan Jordi. Räumlich bleibe es mehr oder weniger beim Status quo. Die Gemeinden sollen aber mehr Behördensitze bekommen.

Ohne Abbau bei den Privatpersonen und organisierten Interessevertretern wäre das ohne Erhöhung der Sitzzahlen nicht möglich, denn inzwischen haben Rüdlingen, Buchberg und Neunforn Neuanträge auf Teilnahme gestellt. Diverse deutsche Gemeinden ersuchen zudem um neue oder zusätzliche Behördensitze: Hohentengen, Klettgau, Dettighofen, Blumberg, Gottmadingen und Rielasingen-Worblingen. Die zukünftige Regionalkonferenz müsste also grösser sein, wenn niemand ausgeschlossen werden soll.

«Also: Wer von den engagierten Leuten fliegt am Ende raus?», fragte Markus Späth, selbst ein Behördenmitglied,

provokativ und schaute in die Runde. «Ein Blick auf die heutigen leeren Reihen zeigt es deutlich: Die engagiertesten Mitglieder gehören mehrheitlich nicht einer Behörde an. Es ist nicht einzusehen, warum just die Gemeinden noch mehr Sitze erhalten sollen.» Dass die direkt betroffenen Gemeinden in bestimmten Fragen mehr Gewicht haben sollten, sei allerdings selbstverständlich.

Stefan Jordi (BFE) bestätigte den Eindruck, dass ein wesentlicher Anteil des aufgebauten Know-hows von Organisationen und privaten Teilnehmern geleistet worden sei – deshalb werde «jeder weiterhin dabei sein können, solange er noch gut zu Fuss ist». Dieses Versprechen wollte Harald Jenny (Fachgruppe SöW) von ihm gerne nochmals laut und deutlich hören.

Weit folgenreicher als die Grösse oder neue Rechtsform der zukünftigen Konferenz dürfte für ihre Arbeit die geplante Unterscheidung von «weiter einzubeziehenden» (Nachbar-)Gemeinden und den eigentlichen «Infrastruktur-Gemeinden» sein, welche Anlagen auf oder unter der Erdoberfläche, Baustellen o. ä. tragen und in spezifischen Belangen mehr zu sagen haben.

Leitfaden für Abgeltungen: Entwurf

Die geplante Aufsplittung der Mitsprache in bestimmten Bereichen stösst selbstredend nicht rundum auf Begeisterung. Ein ähnliches Unbehagen wur-

de auch gegenüber dem nun hinter den Kulissen entstehenden Leitfaden für die Abgeltungen laut – laut dem daran beteiligten Leiter von ZNO, Jürg Grau, in der Tat eine schwierige Aufgabe: «Wir bereiten etwas vor, das erst in 10 Jahren aktuell wird, deshalb bauen wir möglichst viel Flexibilität ein.»

Schaffhausen stark engagiert

Es ist nicht zu leugnen: Seit der Gründung der Weinländer Regionalkonferenz sind die meisten wesentlichen Eingaben und Entscheidungen von Personen aus dem kleinen Nachbarkanton angestossen oder zumindest entscheidend mitgeprägt worden.

Schaffhausen nimmt seine Möglichkeiten aktiv wahr, durchaus zum Wohl der Gesamtaufgabe. Diesmal war neben Stadtpräsident Peter Neukomm, der Mitglied der Leitungsgruppe ist, auch der frisch gewählte Regierungsrat Walter Vogelsanger zu Gast. Der ETH-Physiker betonte, dass Schaffhausen auch nach der Entlassung des «Südrandens» betroffen und aktiv bleibe. «Drei Viertel der Schaffhauser Bevölkerung wohnt im Einzugsgebiet der Standortregion Zürich Nordost. Andersherum gerechnet sind gar die Hälfte aller Bewohner der Standortregion Schaffhauser! Wir müssen als Region handeln.» Und: «Das Geld soll die Region nicht teilen. Geld könnte Nachteile ausgleichen, hat aber mit Sicherheit nichts zu tun.»

Zweifel an der Kostenstudie

Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) zweifelt an der Kostenschätzung für die Stilllegung und Entsorgung der Schweizer Atomanlagen. Sie fordert, dass die AKW-Betreiber deutlich höhere Beiträge zahlen müssen. Für die Periode 2017–2021 hat die Kommission für den Stilllegungsfonds und den Entsorgungsfonds (Stenfo) die Beiträge deutlich gesenkt. Beznau ist sogar ganz von der Beitragszahlung ausgenommen. Als Gründe nannte die Kommission unter anderem die spätere Inbetriebnahme eines Endlagers und die Erträge des Fonds am Finanzmarkt. Sie stützte sich auf eine neue Kostenstudie, welche die Betreiber selbst verfasst hatten.

Diese Zahlen werden nun überprüft. Voraussichtlich 2018 legt Energieministerin Doris Leuthard die Beitragszahlungen der Kraftwerksbetreiber fest. Entsprechend hart wird nun um die Grundlagen gefeilscht. Die Energie-Stiftung ortet schon bei der Kostenstudie gravierende Mängel. Sie befürchtet, dass die Steuerzahler dereinst hohe Kosten für die Stilllegung und vor allem für die Entsorgung der Schweizer AKW übernehmen müssen. (sda)